

Service public

Das einwandfreie Funktionieren der öffentlichen Dienste ist keine Selbstverständlichkeit. Wichtige Voraussetzung dafür ist ein gut qualifiziertes und motiviertes Personal. Als Gegenleistung erhebt das Personal zurecht Anspruch auf fortschrittliche Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze. Die Verknüpfung von Leistung und Gegenleistung wird neuerdings von den politischen Behörden ignoriert. Sie stellen beispielsweise die Sicherung des Arbeitsplatzes in Frage. Da und dort steht die Aufhebung des Beamtenstatuts zur Diskussion, was die Verschlechterung des Kündigungsschutzes zur Folge hat. Dieselbe negative Auswirkung ergibt sich aus der wachsenden Tendenz, das öffentlich-rechtliche Anstellungsverhältnis in ein privatrechtliches umzuwandeln.

Auch in der Besoldungspolitik nimmt die Deregulierung zu. 1991 gab es bereits öffentliche Arbeitgeber, die dem Personal den vollen Teuerungsausgleich verweigerten. In Parlamenten wurden Vorstöße zur Abschaffung des automatischen und indexierten Teuerungsausgleichs eingereicht. Mit leistungsbezogenen Lohnkomponenten wollen öffentliche Arbeitgeber die Besoldungspolitik flexibilisieren. Wegen der defizitären Haushalte der öffentlichen Hand wird Stellenabbau betrieben.

Der VPOD wird 1992 die Deregulierung der Arbeitsbedingungen für das öffentliche Personal konsequent bekämpfen. Er wird sich aber auch für die Erhaltung und den Ausbau der öffentlichen Dienste einsetzen.

Gerade in einer Zeit schlechter Wirtschaftslage mit stark steigender Arbeitslosigkeit ist die Bevölkerung auf die Sicherung des Allgemeinwohls angewiesen.

Walter Renschler.

Der öffentliche Dienst, 17.1.1992.

Personen > Renschler Walter. Service public. OeD, 1992-01-17